



Prof. Michael Braungart: „Es darf kein Müll mehr entstehen. Jedes Produkt muss Teil eines Kreislaufs sein.“



Monika Griefahn: „Druck von unten bringt Gegengewicht zu den Lobbys.“

Fotos: t&w

Mensch sollte der Ameise nacheifern

Nützlich werden statt weniger schädlich – Zukunftskonzepte von Prof. Michael Braungart und Monika Griefahn

Die Umweltschutzbewegung löst beim Ehepaar Monika Griefahn und Prof. Michael Braungart zwiespältige Gefühle aus. „Sie löste das Gefühl aus, ein Schädling zu sein“, meinen die beiden ehemaligen Greenpeace-Aktivisten. Doch der bisherige Umweltschutz versuche nur, die eigentliche Schädlichkeit zu minimieren. Das reiche angesichts von Klimakollaps und Rohstoffmangel nicht aus. Nötig sei eine dritte industrielle Revolution, nach der nur noch Güter produziert werden, die nützliche Rohstoffe enthalten.

► Welche neuen Wege aus dem Klima-Chaos schlägt der Weltzukunftsrat vor?

Prof. Dr. Michael Braungart: Ich arbeite in einer Kommission des Weltzukunftsrates mit, die sich mit Stoffströmen befasst. Dabei ist mir aufgefallen, dass etwa die Biomasse von Ameisen etwa 30 Milliarden Menschen entspricht – trotzdem sind Ameisen kein Umweltproblem, weil sie alle Materialien so gestalten, dass sie zurück in Kreisläufe gehen.

Auf den Menschen übertragen sollte das bedeuten, zum Beispiel Kohlenstoff nicht mehr als Schadstoff zu begreifen, sondern als Nährstoff. Kohlenstoff ist in für uns nutzbarer Form äußerst selten, also viel zu schade, um ihn in die Atmosphäre abzugeben. Folglich gilt es, echte Kreisläufe mit positiver Energiebilanz zu entwickeln, um diesen Nährstoff zu nutzen.

Der Weltzukunftsrat soll ganz konkrete Konzepte entwickeln, wie man zehn Milliarden Menschen auf der Erde mit Nahrung, sauberem Wasser, aber auch Bildung versorgen könnte.

► Ist dieser angestrebte Nährstoffkreislauf eine verbesserte Variante des Recyclings?

Braungart: Nein, das hat mit Recycling nichts zu tun. Menschen sind die einzigen Lebewesen, die Müll produzieren. Alle anderen stellen Nährstoffe her, die wiederum andere Arten nutzen können. Recycling setzt voraus, dass Müll produziert wird, den man dann verwertet. Für uns sind idealerweise alle Produkte Nährstoffe – biologische oder technische. Es ist zum Beispiel nicht sinnvoll, asbestfreie Bremsbeläge herzustellen, wenn Asbest nur durch Antimonsulfid ersetzt wird, das noch viel krebserregender ist. Verschleißprodukte wie Bremsbeläge oder Schuhsohlen soll-

ten so konzipiert werden, dass sie biologisch nützlich sind.

In einem Fernseher werden 4360 verschiedene Chemikalien verarbeitet. Es macht keinen Sinn, einen dieser Stoffe – Blei – zu verbieten, wie die EU dies macht. Ersetzt wird das Schwermetall durch Zinn, Kupfer, Wismut – seltene und zum Teil giftige Metalle. Durch diesen vermeintlichen Ersatz wird tatsächlich noch mehr Blei produziert, weil Wismut in der Natur nur zusammen mit Blei vorkommt. Bei der Produktion von einer Tonne Wismut werden zehn Tonnen Blei freigesetzt.

Umweltschutz bedeutet nicht, Produkte schadstofffrei zu machen oder gar, sie in Müllverbrennungsanlagen zu vernichten. Viele Menschen übersehen, dass beispielsweise Kupfer und Phosphor viel seltener sind als Erdöl. Öl werden wir durch regenerative Energien ersetzen können. Phosphor, das wir für den Knochenaufbau brauchen, oder Kupfer nicht. Es ist also widersinnig, Klärschlamm, der Phosphor und Kupfer enthält, zu verbrennen. Tatsächlich ist das Materialproblem viel ernster als das Energieproblem.

Umweltschutz ist nicht – wie bisher angenommen wird –, weniger schädlich zu sein. Dafür sind wir zu viele. Es gilt, sich an den Ameisen ein Beispiel zu nehmen und nützlich zu werden.

► Sie haben den Export des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) nach Afrika vorgeschlagen. Würde so ein Vorgehen nicht den Vorwurf des Ökoloonialismus provozieren?

Monika Griefahn: Nein, der Export des EEG würde Sinn machen, um die in Afrika unendliche Sonnenenergie anzuzapfen. Dabei kann es natürlich nicht darum gehen, Afrika als einzigen Kontinent auf das

EEG zu verpflichten. Dies macht nur in einem globalen Ansatz Sinn.

Braungart: Kolonialismus findet im Moment statt. So holzt Tansania die Hälfte seines Regenwaldes ab, damit dort Tabak für die Industriestaaten angebaut wird. Wir müssen natürlich andere kulturelle Wertvorstellungen berücksichtigen. Doch dafür ist der Weltzukunftsrat das richtige Medium, weil in ihm Vertreter aller Kontinente sitzen, die lokal oder regional konkrete Projekte umgesetzt haben und diese jetzt global umsetzen.

► Nach Kyoto, Rio, G-8- und Energiegipfel: Muss die Politik wirklich noch aufgerüttelt werden?

Griefahn: Wichtiger noch als das Aufrütteln ist das Aufzeigen ganz konkreter Lösungen. Und hierfür stehen gerade die Träger des alternativen Nobelpreises, die im Weltzukunftsrat sitzen.

► Was nützt einer gewählten Bundestagsabgeordneten die Mitgliedschaft im Weltzukunftsrat?

Griefahn: Der Nutzen besteht darin, dass ich neue Ideen aufnehme und sie weitertrage in die Reihen der Abgeordneten. Ich fungiere sozusagen als Multiplikatorin.

► Sie konstatieren eine „eindimensionale Zukunftsperspektive“ in der Politik. Glauben Sie den Bekenntnissen für nachhaltigen Klimaschutz etwa in der EU nicht?

Griefahn: Es ist zwar gut, wenn das Thema Klimaschutz diskutiert wird. Aber entscheidend für die Umsetzung ist der nötige Druck vor Ort. Es nützt nichts, wenn auf dem G-8-Gip-

fel etwas verabredet wird. Damit es in den einzelnen Ländern auch verwirklicht wird, bedarf es der Initiative von unten. So hat sich US-Präsident Bush nur bewegt, weil amerikanische Städte und Konzerne darauf drängten, etwas zu tun.

► Was legitimiert „Weise Alte“, „Pioniere“ und „Jugendliche“, für die Welt zu reden?

Griefahn: Jeder, der in diesem Rat sitzt, hat irgendwo bewiesen, dass er als Problemlöser etwas umsetzen kann.

Braungart: Beim Weltzukunftsrat liegt die Betonung auf „Rat“. Er entwickelt Lösungen, hat aber keinerlei Ambitionen, demokratische Gremien zu ersetzen. Das soll keine Pseudo-Weltregierung sein, sondern denjenigen, die etwas ändern wollen, direkte Handreichungen bieten.

Deshalb sitzen in dem Gremium unabhängige Weltbürger, die sich nicht mehr beweisen müssen und nicht auf Geld angewiesen sind.

Die Politik wird nicht ersetzt, sondern bekommt das Angebot eines Rates, der nicht von Lobbyinteressen geprägt ist.

► Die Weltbürger des Zukunftsrates wollen direkt Einfluss auf Entscheidungsfindungen nehmen. Erfordert die Klimakatastrophe Privilegien für Gebildete?

Braungart: Schon wenn ich an der Universität Stoffstrommanagement lehre, habe ich einen privilegierten Zugang zu jungen Leuten. Das heißt aber nicht, dass ich dadurch Entscheidungsprozesse mehr beeinflussen als jemand anderes.

Griefahn: Es hat sogar schon einen eigenen Wert, wenn der Weltzukunftsrat interessegelei-

teten Lobbyisten etwas entgegengesetzt. Für einen demokratischen Entscheidungsprozess ist es nur gut, wenn es vorab vielfältige Stellungnahmen gibt.

Braungart: Ich betrachte die Arbeit im Weltzukunftsrat eher als Privileg. Wenn man erkannt hat, wie dringend es ist, die Klimaerwärmung zu dämpfen, ist man gehalten, auch etwas dafür zu tun. Man sagt auch nicht über den Feuerwehrmann, dass er ein Privileg hat, mit dem Auto schnell zu fahren, weil er in erster Linie die Verantwortung hat, zu helfen. Meine Ausbildung hat den Steuerzahler rund 1,5 Millionen Euro gekostet. Da wäre es nicht korrekt, zu sagen: Gut, ich weiß jetzt Bescheid, dennoch gehe ich Schafe züchten in Irland.

► Der Zukunftsrat will an „gemeinsame Wertvorstellungen“ der Menschen appellieren. Welche Werte teilen islamische Fundamentalisten, US-Militärs, chinesische Wanderarbeiter und irische Schafzüchter?

Griefahn: Die erste Kampagne für Kinder stand unter dem Motto: „Rettet das Leben“. Das ist der Punkt. Das Recht auf Leben ist universell. Die Grundrechtscharta der Vereinten Nationen gilt, auch wenn sie von Zeit zu Zeit in Frage gestellt wird.

Braungart: Das Interesse an der Zukunft verbindet alle. Deshalb haben alle Interesse an lebenswerten Bedingungen für ihre Kinder. Deshalb ist es an der Zeit, die verschiedenen Zukunftsentwürfe auf den Prüfstand zu stellen.

Leider ist das moralische Gewicht des Westens derzeit stark geschwächt durch elementare Menschenrechtsverletzungen, die im Namen des Westens etwa auf Guantánamo begangen werden.

► Wissenschaftler beziffern die Kosten eines Gegensteuerens. Der Bundesumweltminister fordert eine dritte industrielle Revolution. Selbst George W. Bush beginnt umzudenken. Ist die selbsternannte „Stimme der Vernunft“ überflüssig?

Griefahn: Ich glaube nicht,

denn es gibt immer noch genug Menschen, die sagen: Nach uns die Sintflut.

Braungart: Der Weltzukunftsrat ist auch eine von vielen Initiativen, die angesichts der nur langsam reagierenden Regierungen auf den Bürgersinn setzt, der die Menschen dazu bringt, überlebenswichtige Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Diese Haltung stößt auf fruchtbaren Boden. Da bin ich ganz optimistisch.

Das Interview führte Joachim Ziefler



Interview der Woche

Zur Person

Ehepaar kämpft für die Umwelt

Das Ehepaar Monika Griefahn (52) und Prof. Michael Braungart (49) engagiert sich seit langem in der Umwelt. Beide haben für Greenpeace gearbeitet. Griefahn (SPD) war von 1990 bis 1998 niedersächsische Umweltministerin. Seit 1998 ist sie Abgeordnete im Deutschen Bundestag für die Kreise Harburg und Soltau-Fallingb. Sie ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie dem für Kultur und Medien.

Prof. Braungart lehrt seit 1994 an der Universität Lüneburg Stoffstrommanagement. Als wissenschaftlicher Lehrer, Buchautor, Firmenberater und Firmenchef kämpft er darum, seine Vision eines perfekten Kreislaufs der Nährstoffe bei der Produktion aller Güter durchzusetzen.

Das Ehepaar hat drei gemeinsame Kinder. Beide sitzen im Beirat des Weltzukunftsrates.

Der Weltzukunftsrat

Der Weltzukunftsrat geht auf eine Initiative von Jakob von Uexküll zurück, dem Stifter des Alternativen Nobelpreises. Der Rat wurde am 11. Mai 2007 in Hamburg gegründet. Der Rat bezeichnet sich als „Stimme der globalen Vernunft, die sich für gemeinsame menschliche Werte und Tradi-

tionen einsetzt“ sowie als „Bewahrer und Hüter der Erde für künftige Generationen“. Mitglieder sind unter anderem: Hans-Peter Dürr (Physiker), der Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer, Club-of-Rome-Präsident Prinz El Hassan Bin Talal sowie die Menschenrechtsaktivistin Bianca Jagger.